

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda befähigter bestmöglicher Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Freisprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Am Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg. örtliche Anzeigen 8 Pfg. Am Text die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 298

Sonnabend, den 22. Dezember 1928.

83. Jahrgang

## Tageschau.

Die Nebenberichte des Reparationsagenten, die Berichte der auf Grund des Dawesplans eingeleiteten Kommissionen und Treuhänder, werden veröffentlicht. Sie stellen fest, daß Deutschland auch im vierten Dawesjahr pünktlich erfüllt hat. Zur Lage der Reichsbahn wird gesagt, daß eine weitere Eisenbahntarifserhöhung nicht notwendig ist.

Severings Schiedspruch für die Eisenindustrie Westdeutschlands wird die Affordbühne wesentlich unter die Höhe des ersten Schiedspruchs herabgesetzt, dagegen die Stundenlöhne in der Höhe des Schiedspruchs belassen.

Der Reichslandbund nimmt in einer Entschließung Stellung gegen Landkäufe durch die öffentliche Hand unter Ausnutzung der unerschuldeten Notlage der Besitzer.

In Berlin eingetroffene direkte Meldungen aus Khabul berichten, daß Aman Allah Herr der Lage ist und die Aufstandsbe- wegung niedergebrosen ist.

Bei Straßenbauarbeiten im Zentrum Londons trat eine furchtbare Gasexplosion ein, die die Straße auf die Länge von einer halben Meile wie ein Erdbeben zerriff.

\* Ausführliches an anderer Stelle.

## Das vierte Reparationsjahr.

### Die Berichte der Dawestreuhand.

Berlin, 20. Dez. Heute wurden die üblichen Halbjahrs-berichte der auf Grund des Dawesplanes eingeleiteten Kom- missionen und Treuhänder an die Reparationskommission, die sich im wesentlichen mit dem am 31. August 1928 zu Ende gegangenen vierten Reparationsjahr beschäfti- gen, veröffentlicht.

Der Kommissar bei der Deutschen Reichsbahnge- sellschaft stellt in seinem Bericht fest, daß die Gesellschaft ihre Re- parationszahlungen pünktlich besorgt hat. Zu den 660 Millionen Goldmark, mit denen im vierten Dawesjahr der Gesamtbeitrag der Normaljahresleistungen für Zinsen und Tilgung der Reparationsschuldverschreibungen erreicht wurde, sind noch 290 Millionen aus den Einnahmen an Be- förderungssteuern hinzugekommen. Die Mehreinnahme aus dieser Steuer ist in Höhe von rund 24 Millionen dem Reich zugeflossen. Der Bericht stellt fest, daß sich der Eisenbahn- verkehr im Jahre 1927 entsprechend der Belebung der all- gemeinen Wirtschaftstätigkeit sehr günstig ge- staltete, daß aber die Erhebung der Betriebsausgaben über die der Einnahmen hinausginge, so daß eine Tarifier- erhöhung nicht zu umgehen war. Diese Tarifier- erhöhung, so fürchte der Reichsbahnkommissar aus, wird anschein- end keinen ernstlichen Einfluß auf die Verkehrs-entwicklung ausüben.

Im übrigen liegt Grund zur Annahme vor, daß die Ge- sellschaft bei Durchführung einer vernünftigen Wirtschafts- politik, wie das Reichsbahngericht sie empfiehlt, in den näch- sten Jahren ihre Ausgaben decken kann, ohne zu einem Mi- tel einer Tarifierhöhung greifen zu müssen. Bedingung hierfür ist allerdings, daß ihr nicht neue, unvorher- gesehene Lasten auferlegt werden oder Einnahmeverluste durch ungerechtfertigte Tarifermäßigungen entstehen.

Der Reichsbahnkommissar hält die Lage der Reichsbahn im ganzen genommen nicht für ungünstig. Nach seiner Auf- fassung ist sie, trotz ihrer schweren Belastung durch Pen- sionen, die den abgebauten Beamten gewährt werden müs- sen, und bei Berücksichtigung der sonstigen Betriebsbedin- gungen den ausländischen Bahnen gegenüber nicht im Nach- teil. Der Reichsbahnkommissar beschäftigte sich eingehend mit der Kritik, daß die Ausgaben der Reichsbahn für Er- neuerung und ihrer Tilgungen unzureichend seien. Er kommt nach einem Vergleich mit den Eisenbahnen der Nachbarlän- der zum Ergebnis, daß die Reichsbahn die Erneuerung ihrer Einrichtungen auf wenigstens ebenso befriedigende Art sicherstellt wie die ihr benachbarten Eisenbahnen. Die Ab- schreibungen, die das Reichsbahngericht für erforderlich hält, erscheinen dem Reichsbahnkommissar im Vergleich mit and- eren großen Eisenbahnverwaltungen übermäßig hoch. Das Ergebnis der ersten neun Monate des Geschäftsjahres 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 1,3 Millionen ab. Die Gesellschaft rechnet damit, daß die Betriebsrechnung für das ganze Geschäftsjahr nahezu ausgeglichen sei oder höch- stens einen Fehlbetrag von etwa 20 Millionen aufweisen wird.

### Der Treuhänder für die deutschen Eisenbahn-Obligationen

gibt in seinem Bericht den Schriftwechsel über die Einigung der beteiligten Parteien hinsichtlich der Tilgung der 100

Millarden Schuldverschreibungen im Laufe von 37 Jahren be- kannt. Außerdem bezieht er sich auf seine Ausführungen vom Juni dieses Jahres, worin er die Auffassung eines ge- naueren und endgültigen Finanzprogramms für die Reichs- bahngeellschaft forderte. Aus der daraufhin von der Ge- neraldirektion der Gesellschaft ausgearbeiteten Denkschrift über die Beträge, die im Laufe der nächsten acht Jahre unbedin- gungsgemäß verausgabt werden müssen, hebt der Treuhänder her- vor, daß die Generaldirektion zur Annahme gelangt ist, es werde im Jahre 1929 wahrscheinlich möglich sein, 113 Mil- lionen Anlagezuwachs aus den Betriebseinnahmen zu decken.

### Der Bericht

des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen, der sich auf die letzten 5 Monate des vierten Zahlungsjahres bezieht, teilt mit, daß im Juni 1928 der Reservefonds in Höhe von 100 Millionen Goldmark durch eine Schlußgah- lung voll ausgefüllt wurde und die Ueberweisungen an den Reparationsagenten pünktlich erfolgen konnten. Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Einnahmequellen wird ausge- führt, daß das Abfluten des Zollaufkommens für das ge- samte Jahr einem Ueberfluß des Aufkommens aus den an- deren Einnahmequellen die Wage halten dürfte.

### Der Bericht

des Treuhänders für deutsche Industrie-Obligationen über die Zeit vom 1. September 1927 bis zum 31. August 1928 gibt eine Darstellung über die zur Durchführung des Industriebelastungsgeleges getroffenen Maßnahmen und bringt ferner einige Mitteilungen über die Entwicklung der industriebelasteten Unternehmungen und über die in- dustrielle Produktion im allgemeinen. Zusammenfassend wird festgestellt, daß sich der Wiederaufstieg der industriellen Produktion in der Periode 1926/27 im Berichtsjahre 1927/28 gehalten habe. Man könne daraus schließen, daß die deutsche Industrie einen zufriedenstellenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte und im ganzen den bereits erreichten hohen Stand sich erhalten hat.

Der Kommissar bei der Reichsbank veröffentlicht ebenfalls seinen Bericht für die Zeit vom 1. September 1927 bis 31. August 1928.

In den Schlußbetrachtungen heißt es u. a.: Beim Ver- gleich der jetzigen Lage mit der vor vier Jahren ist ein sehr großer Fortschritt zu konstatieren, sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Wirtschaftslebens im allgemeinen als auch in der Lage der Reichsbank im besonderen. Weniger günstig als im übrigen Wirtschaftsleben — obgleich hier und da eine Besserung festgestellt werden kann — bleibt die Lage in der Landwirtschaft. Ein besonderer Faktor ist der dem- nächst zu erwartende Rückgang des Angebots neuer Arbeits- kräfte, der eine Folge des Geburtenausfalles während des Kriegsjahres sein wird. Die Zahl der Kinder, die in den Jah- ren 1922 bis einschließlich 1925 schulpflichtig wurden, blieb durchschnittlich unter 700 000, das heißt nur wenig mehr als die Hälfte der Zahl aus den früheren Jahren. Daraus wird auch der Wohnungsmarkt in einer späteren Periode beein- flusst werden.

Wie immer sich die Zukunft entwickeln mag, sicher ist, daß die Gegenwart noch gänzlich unter dem Druck des augenblicklich ersten Kapitalbesitzes steht. Dem- gegenüber ist es eine glückliche Erscheinung, daß die Posi- tion der Reichsbank sich fortwährend hat festigen können und jetzt kräftiger ist als in irgendeinem anderen Zeitpunkt der letzten vier Jahre.

Die deutsche Wirtschaftslage ist in den obigen Berichten mit den Augen unserer Reparationsgläubiger gesehen, die ein Interesse haben, die Leistungsfähigkeit Deutschlands im günstigsten Lichte darzustellen, um bei der bevorstehenden Festlegung der Endsumme das menschenmöglichste aus dem deutschen Volke herauspressen zu können. Von deutscher Seite wird zu den Berichten der Dawesagenten manch kriti- sches Wort zu sagen sein. Zunächst wird man aber noch den Hauptbericht Parker Gilberts abwarten.

### Die Einladung an Amerika.

Nachdem die Einigung über die Einberufung der Re- parationskonferenz in Paris erzielt worden ist, wird nunmehr die Einladung an Amerika ergehen. Dabei wird der englische Botschafter in Washington als Dozent des diplomatischen Korps am Freitag im Namen der Reparationsmächte und Deutschlands Amerika auffordern, sich an den Beratungen des Sachverständigenausschusses zu beteiligen und, wie die anderen Staaten, zwei Delegierte zu ernennen. Die Ver- öffentlichung der Mitglieder des Sachverständigenausschusses dürfte dann voraussichtlich am Freitagabend erfolgen. Wann der Ausbruch zusammentritt, steht noch nicht fest, man rechnet aber mit der ersten Konferenz noch im Januar näch- sten Jahres.

## Der Reichslandbund gegen den Auf- kauf ländlichen Grundbesitzes durch die öffentliche Hand.

Berlin, 20. Dez. Der Reichslandbund hat eine Entschlie- hung gefaßt, die als Entgegnung auf die Veröffentlichung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse gedacht ist und in der das Präsidium des Landbundes dagegen Stellung nimmt, daß die öffentliche Hand Landkäufe größeren Stiles „unter Ausnutzung einer durch den Besitzer unerschuldeten Notlage“ vornehme. Der Reichslandbund erklärt, daß dies letzten Endes auf eine Sozialisierung des Grund und Bodens hinauslaufe und eine Gefährdung der Freiheit des land- wirtschaftlichen Privateigentums darstelle. Der Reichsland- bund fordert in der Kundgebung die Schaffung eines Besit- zerschuttfonds, durch den unerschuldet in Not geratene Betriebe und somit der Gütermarkt geschützt werden sollen, und wiederholt die Forderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Zoll- und Handelspolitik, sowie der Ubfahrtregulie- rung. Im Interesse der gesamten deutschen Landwirtschaft, so schließt die Kundgebung, erhebt das Präsidium des Reichslandbundes keine warnende Stimme: Der deutsche Osten darf nicht zur Verzweiflung getrieben werden.

### Severings Schiedspruch.

Berlin, 21. Dez. (Eigene Meldung.) Der Reichsinnen- minister Severing hat seine Arbeiten an dem Schiedspruch für die Eisenindustrie Westdeutschlands im großen und gan- zen abgeschlossen und die Verkündung des Spruches, dem sich bekanntlich beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeiter- mer, bedingungslos von vornherein unterworfen haben, steht unmittelbar bevor. Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Schiedspruch für Stundenarbeiter die gleichen Lohnsätze vorsieht, wie es seinerzeit der strittige Schieds- spruch Dr. Jüttens getan hatte, während die Affordbühne, einer der Hauptforderungen der Arbeitgeber entsprechend, erheblich unter den Sätzen des ersten Schiedspruchs bleiben sollen. Dafür steht der neue Schiedspruch aber gewisse Ar- beitszeitverkürzungen vor, während der erste Spruch die Arbeitszeitfrage überhaupt unberührt gelassen hatte.

### Kulturvorstoß in Preußen.

Im Lande Preußen, wo nunmehr seit zehn Jahren fast ununterbrochen die Weimarer Koalition regiert, hat sich eine sehr merk- würdige Front zusammengesunden. Die gesamte Rechte und das Zentrum haben einen Antrag eingebracht, durch den die Staats- regierung bei der Reichsregierung darauf hinwirken soll, die Herabsetzung der Ehe in öffentlichen Schaustellungen und in der Literatur zu unterbinden und die Gefährdung der Sittlichkeit hinst zu halten. Diese Parteien haben im Landtag die Mehrheit Man darf gespannt sein, welche Haltung der preussische Kultus- minister zu dem Antrag einnehmen wird. Die Sache geht auch den preussischen Innenminister an, der als Chef der Polizei auf- gefordert wird, im Rahmen der bestehenden Gesetze Verwaltungs- maßnahmen zur Bekämpfung dieser Erscheinungen zu treffen. Man darf begierig sein zu erfahren, wie sich die Erörterung dieses Antrages auf die gegenwärtigen Regierungsverhältnisse in Preu- ßen auswirken wird.

## Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Staatsgerichtshof.

Es bestätigt sich, daß Reichsgerichtspräsident Dr. Simons ein formelles Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Reichspräsident von Hindenburg hatte am Mittwoch eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler in dieser Angelegenheit. Ueber die Stellungnahme des Reichspräsidenten verläutet, daß er sich materiell dem Vor- gehen des Reichskabinetts anschließen wird. Am übrigen aber wird der Versuch unternommen werden, den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zum Verbleiben im Amte zu bewegen. Die harte Ver- stimmung persönlicher Art, die bisher innerhalb der Kreise der Reichsregierung gegen Dr. Simons geherrscht hat, scheint nach den letzten Meldungen etwas im Abklingen zu sein. Man glaubt auch in Berliner politischen Kreisen, daß der Reichspräsident in seiner Entscheidung zum Ausdruck bringen wird, daß die Beschwerde des Reichsgerichtspräsidenten nicht an ihn, sondern an die Reichsregie- rung hätte ergehen müssen.

### Eine Erklärung des Reichsgerichtspräsidenten.

Delpzig, 20. Dezember. Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons gab heute nachmittags Vertretern der Presse zu den Nachrichten über sein Rücktrittsgesuch folgende Erklärung ab: „Es ist richtig, daß ich unter dem 16. d. M. gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrage des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genugtuung für die Verletzung des Termins vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten